

Die Frage, ob die Führung in der Lage sein wird, wirkungsvolle Lösungsmodelle zu entwickeln und durchzuführen, bleibt dennoch bestehen. Durch Machtkonzentration und die Unterbindung der Diskussion dieses Themas haben die russischen Machthaber sich einer frei geführten Debatte aller dieser Themen unter breiter sozialer Beteiligung beraubt. Es gibt

angesichts der geringen Effizienz vergangener staatlicher Interventionen in die Wirtschaft Gründe genug, um skeptisch zu sein, dass die momentane Führung in der Lage sein wird, die Probleme anzugehen und dabei gleichzeitig die Interessen der Gesellschaft zu berücksichtigen.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über den Autor

Robert Orttung ist Senior Fellow am Jefferson Institute (Washington) und Gastwissenschaftler am Zentrum für Sicherheitsstudien der ETH Zürich.

Analysen

»Problembär Russland« ... oder: Der Umgang mit Russland nach Kaukasus-Krieg und Finanzkrise

Jens Siegert, Moskau

Nach dem Georgien-Krieg ...

Es gibt im Russischen ein Wort, »likowat«, das im Wörterbuch mit »jubeln« oder auch »jubilieren« nur unzureichend übersetzt wird. Diesem russischen Jubel wohnt ein Gefühl tiefster Befriedigung inne. Aber auch von Selbstvergessenheit und echter Freude. Und spätere Folgen sind im Augenblick eines solchen Jubels nicht nur egal. Wer daran denkt, entweicht die Schönheit des Moments. Fast eine Art Gotteslästerung. Die herrschende politische Elite und ihre Adepten bekamen sich kaum ein vor Freude, den »Amerikanern so richtig den Arsch versohlt« zu haben. Eine große Mehrheit der Menschen in Russland teilte zumindest das Gefühl einer tiefen Befriedigung nach, so sehen viele das heute, zwei Jahrzehnte der Erniedrigung. Es war der erste Sieg über die USA nach Ende des Kalten Kriegs, der wirklich zählte. Über die USA. Amerika ist nie fern in Russland, immer ganz nah. Die USA sind das Maß aller russischen (Großmacht-)Träume. Und dieses Maß hat einen durchaus realpolitischen Kern. Aber es zeigt auch eine Tragik. Denn niemals ist Russland heute für die USA genau so wichtig. Eine Quelle ständig empfundener Kränkung. Natürlich hilft die auf Hochtouren laufende Propagandamaschine nach. Aber bei ihr und der Stimmung im Land handelte es sich in den Nachkriegswochen eher um korrespondierende Röhren, als dass das Propagandagebläse das Enthusiasmusfeuer ständig am Lodern halten musste.

Und der Westen wunderte sich. Man wunderte sich über die russische Aggression (ein Lieblingswort aus dem Kremlwortschatz). Aus Moskauer Sicht wiederum war die westliche Verwunderung über den erst in München knurrenden und dann im Kaukasus marodierenden russischen Bären verwunderlich. Alles war angekündigt und vielfach angedroht, aber wohl nicht Ernst genommen worden. Das neu gewonnene russische Selbstbewusstsein suchte Bestätigung. Es fehlt nur die Gelegenheit. Micheil Saakaschwili hat sie geboten. Es scheint manchmal als ob dem Westen nur ein romantisches Bild auf Russland gelingt. Entweder reißender Grizzly oder flauschiger Teddybär. Entweder Wiedergänger der Sowjetunion oder leicht seltsames und ein wenig zu groß geratenes Transformationsland. Doch wenn ein Bärenvergleich auf das Land passt, dann muss man eher an den armen Problembären Bruno denken, der vor einigen Jahren Sommers die Alpen von Italien nach Deutschland überquerte. So fremd wie Bruno und die bildzeitungsbefeuerten Oberbayern vor ein paar Jahren stehen sich heute auch der Westen und Russland gegenüber. Glücklicherweise kann man Russland nicht so einfach abschießen wie Bruno. Der Westen und Russland werden miteinander auskommen müssen. Die Finanzkrise hat alle bereits bescheidener gemacht.

Nach dem georgischen Fünf-Tage-Feldzug war in der westlichen Öffentlichkeit sofort von einer Zeitenwende die Rede. Auch in Russland wird das in weiten

Kreisen so gesehen. Der Schwerpunkt liegt aber hier und dort anders. Während im Westen damit meist einer Enträuschung in Bezug auf Russland (oder der Bestätigung, man habe ja immer gewusst, dass dieses Land unheilbar aggressiv sei) Ausdruck gegeben wird, meint man in Russland stolz, dass das Land »wieder da« sei. Präsident Medwedjew drückte das Anfang September so aus: »Russland ist ein Staat, mit dem man in Zukunft rechnen muss.«

Was ist passiert?

Die Frage, wer angefangen habe, ist kaum zu klären. Wie so oft, kommt es darauf an, welchen historischen Zeitpunkt man als Ausgangspunkt wählt. Die heute völkerrechtlich geltenden Grenzen zwischen Russland und Georgien (mit Abchasien und Südossetien) gehen auf willkürliche Entscheidungen Stalins in den 1930er Jahren zurück. Der Diktator verschob kurzerhand ein paar Verwaltungsgrenzen innerhalb der Sowjetunion. Mit dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion brachen die angestaute interethnischen Konflikte offen aus. Abchasen und Südosseten, bisher mit weitgehenden Autonomierechten ausgestattet und oft mehr Moskau als Tbilissi unterstellt, fanden sich in einem georgischen Nationalstaat wieder, der diese Autonomierechte mit nationalistischen Begründungen aufkündigte. Zwei Kriege mit russischer Beteiligung kosteten viele Opfer und führten zu mehreren Hunderttausend Flüchtlingen, meist Georgiern. Die Konflikte wurden, wieder unter russischer Beteiligung »eingefroren«. Das Töten und Vertreiben in großem Maßstab hörte zwar auf, doch in den 1990er Jahren war niemand willens und in der Lage, eine politische Lösung ernsthaft zu suchen und zu finden. Keine der Konflikts Seiten, einschließlich Russland war stark genug und wirklich daran interessiert. Der Westen war mit den blutigeren und ihm näheren Kriegen auf dem Balkan beschäftigt. Seither kontrollierte Russland Abchasien und Südossetien. Es gab keine Annäherungen, aber auch die Gewalt hielt sich in Grenzen. Aus dem innergeorgischen Konflikt war längst ein georgisch-russischer geworden. Beide Seiten bereiteten sich auf eine größere gewaltsame Auseinandersetzung vor.

Im Sommer machte Micheil Saakaschwili nach vielen kleinen von beiden Seiten den ersten großen Schritt. Er versuchte Südossetien mit Gewalt unter georgische Herrschaft (zurück) zu holen. Das ist gründlich misslungen. Soweit den noch sehr lückhaften Monitoringberichten von *Memorial* und von russischen Mitarbeitern von *Human Rights Watch* aus Südossetien zu entnehmen ist (Ausländer haben bis heute keinen Zugang),

haben beide Seiten in diesem Krieg Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung begangen. Die georgischen Streitkräfte haben Raketenwerfer des Typs »Grad« gegen Wohnviertel eingesetzt und auch sogenannte Kassettenbomben benutzt. Beides sind Waffen, bei denen in Gebieten mit vielen Zivilisten viele Tote und Verwundete zu erwarten sind. Sie dort einzusetzen widerspricht der Genfer Konvention. Russische Einheiten haben in von ihnen kontrollierten Gebieten ethnische Säuberungen durch irreguläre Milizen gegen Georgier zugelassen. Ebenso wurde in diesen Gebieten ganze bisher von Georgiern bewohnte Dörfer oder einzelne Häuser nieder gebrannt, um ihre Rückkehr unmöglich zu machen.

Was hat Russland erreicht?

Es muss noch einmal betont werden: Für Russland war der Krieg im Kaukasus kein Krieg gegen Georgien. Es war die erste gewonnene Auseinandersetzung mit den USA nach dem Ende der Sowjetunion. Es war eine Machtdemonstration, die zeigte, dass Russland im Stande ist in seiner unmittelbaren Nachbarschaft militärisch einzugreifen, ohne dass der Westen etwas dagegen ausrichten kann. In der russischen Diskussion wird diese Machtdemonstration als erfolgreich angesehen. Und sie gilt als ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Restauration des russischen Großmachtstatus. Die offizielle Begründung für den Krieg mit Georgien, einen »Genozid« in Südossetien verhindert zu haben, spielt in russischen Expertenkreisen keine ernsthafte Rolle: Dies war ein Krieg gegen die USA/den Westen, zur Wahrung »legitimer Sicherheitsinteressen« in der unmittelbaren Nachbarschaft Russlands und ein Beweis für die wieder gewonnene russische Stärke und Bedeutung in der Welt. Und er war ein Erfolg.

Innenpolitische Folgen

Innenpolitisch schien der »kleine, siegreiche Krieg« von Beginn an ein großer Erfolg für das neue Führungs tandem zu sein. Er vertiefte die »negativen Konsolidierungen« (Lew Gudkow) gegenüber äußeren Feinden, machte aber aus der »belagerten Festung« das Heerlager einer siegreichen Armee. Die ohnehin schon hohe Zustimmung in der Bevölkerung zu Premierminister Wladimir Putin erreichte mit fast 80 Prozent neue Gipfel. Wichtiger mag aber sein, dass sich nun auch die Zustimmung zum neuen Präsidenten Dmitrij Medwedjew in populistische Höhen geschraubt hat. Medwedjews Rating war Anfang des Sommers, nach einem zwischenzeitlichen Wahlkampf hoch, auf unter 40 Prozent gefallen. Nachdem er sich im Krieg als »echter Kerl«

gezeigt hat, der es den Amerikanern so richtig gibt, erreicht er nun mit über 70 Prozent fast schon Putinsche Zustimmungsraten.

Seit der Nominierung Medwedjews durch Putin im Dezember 2007 waren in liberalen Kreisen Hoffnungen gewachsen, als neuer Präsident werde er einen zumindest ein wenig demokratischeren innenpolitischen Kurs einschlagen. Medwedjew hatte diese Hoffnung auf ein »Tauwetter« mit einer Reihe als liberale Signale verstandener Äußerungen im Wahlkampf und auch noch in den ersten Wochen als Präsident genährt. Demonstrativ beriet er sich mit dem »Institut für Moderne Entwicklung«, einem Think Tank nicht nur wirtschaftsliberaler Ökonomen, dessen Beirat er bis heute vorsitzt. Diese Hoffnungen, wie illusorisch sie auch immer gewesen sein mögen, sind mit dem Georgienkrieg vorerst zerstoben. Im Gegenteil herrscht erneut die bleierne Stimmung aus der Wahlzeit im zweiten Halbjahr 2007 bei allen, die sich eine wie vorsichtig auch immer politische Öffnung des Putin-Regimes herbeisehnen. »Es werde kein Tauwetter oder ähnliches Gematsche (slakot')« geben, verkündete entsprechend der auch unter Medwedjew für Innenpolitik zuständige stellvertretende Leiter der Präsidentenadministration Wladislaw Surkow Mitte September vor Funktionären der Kremlpartei Einiges Russland.

Doch dann kam die Finanzkrise und dämpfte die Kriegseuphorie kräftig. Anfangs versuchte der Kreml noch, die Schuld für die noch stärker als anderswo tauzelnden russischen Börsen dem Westen anzulasten. Mitte September erklärte Putin, Versuche, Russland in einen neuen Kalten Krieg zu ziehen, seien nichts anderes als eine direkte Bedrohung für den »Modernisierungskurs«, den Russland unter seiner Regierung eingeschlagen habe. Medwejew assistierte zeitgleich: Es werde nicht gelingen, Russland vom Pfad in Richtung Demokratie abzubringen, um danach auf das Land zu zeigen und zu sagen, man habe ja immer gewusst, das Russland zu Demokratie schlicht nicht fähig sei. Allerdings scheint sich dann allmählich die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, dass Russland diese Krise nicht besser als andere Länder und schon gar nicht allein zu überstehen in der Lage sein wird. Nach anfänglichen Gerüchten um eine Ablösung des wirtschaftsliberalen Finanzministers Alexej Kudrin scheint er inzwischen als Krisenmanager unersetzblich. Ein wichtiges Anzeichen dafür ist die Freilassung von Kudrins Stellvertreter Sergej Stortschak aus der Untersuchungshaft Mitte Oktober. Stortschak hatte dort unter der Anschuldigung einen zweistelligen Dollar-Millionenbetrag veruntreut zu haben fast ein Jahr zugebracht. Die Verhaftung

war allgemein als Versuch von konkurrierenden Machtgruppen angesehen worden, Druck auf Kudrin auszuüben, um Zugang zu den in den Jahren der Ölhausse angehäuften Staatsreserven zu bekommen. Nun in der Krise scheinen sich Putin und Medwedjew zugunsten des wirtschaftlichen Sachverstands von Kudrin und Stortschak entscheiden zu haben.

Die Finanzkrise trifft Russland inzwischen stärker als fast alle anderen Länder. Seit Beginn des Jahres sind die beiden wichtigsten russischen Aktienindizes RTS und MMWB um mehr als 70 Prozent gefallen. Der Vertrauensverlust innerhalb der russischen Wirtschaft scheint ebenfalls größer zu sein als anderswo. Dazu haben der russische Staat und seine obersten Vertreter nicht unerheblich beigetragen. Bereits Anfang des Jahres begann die russische Seite des bisherigen internationalen Vorzeige-Joint-Ventures TNK-BP, der nach Rosneft und Lukoil drittgrößte russische Erdölförderer, ihre britischen Partner aus dem Konzern zu drängen. Der russische Staat verhielt sich dabei nicht neutral, sondern unterstützte mehr oder weniger offen die russischen TNK-Eigner gegen die britische BP. Am 24. Juli 2008 beschuldigte Premierminister Putin dann den russischen Stahlkonzern Mechel, in großem Maße Steuern hinterzogen zu haben. Daraufhin brachen die Börsennotierungen für Mechel binnen eines Tages um mehr als 30 Prozent ein, ein Wertverlust von fünf Milliarden US-Dollar. Beide Ereignisse zeigten Investoren, vor allem aus dem Ausland, dass Investitionen in Russland unter einer unkontrollierten Regierung erhebliche politische Risiken bergen. Der Krieg gegen Georgien erhöhte diese Befürchtungen noch einmal. Das Investitionssaldo der Vorjahre wandelte sich in ein immer größer werdendes Defizit. Erstmals floss wieder mehr Kapital aus Russland ab als ins Land hinein. Diese bedrohliche Entwicklung bedroht nicht nur die Modernisierungsstrategie des Kreml, sondern die Stabilität eines politischen Systems insgesamt, das einen großen Teil seiner Legitimität aus einem enormen, vor allem durch die Rohstoffhausse der letzten Jahre befeuerten Wohlstandsgewinn bezieht.

Noch ist auch unklar, wie sich die Anerkennung von Abchasien und Südossetien mittelfristig im Nordkaukasus auswirkt. In Tschetschenien hat Russland seit 1999 genau das gemacht, weshalb jetzt gegen Georgien Krieg geführt wurde. Mit brutaler Gewalt und mit weit mehr, aber ebenfalls meist zivilen Opfern wurde ein abtrünniger Landesteil wieder unter Moskauer Macht gezwungen. Schon vor einigen Jahren hatte der russische Politologe Sergej Karaganow machpolitisch-zynisch erklärt was der Kreml nun exerziert: Der Unterschied zwischen Abchasien und Kosovo auf der einen und Tschetschenien auf der

anderen Seite sei schlicht, dass Russland stark genug sei, Tschetschenien auch gewaltsam zu halten. Georgien und Serbien zeigten diese Härte nicht. Dieser Zynismus mag in der internationalen Politik Eindruck machen. Im weiter unruhigen Nordkaukasus dürfte er eher zu mehr und neuen Ressentiments gegen Moskau führen.

Außenpolitische Folgen

Wie auch immer die Schuldfrage am Krieg in Georgien geklärt werden wird (und das wird angesichts der langen und verwickelten Vorgeschichte schwer genug werden): Russland reklamiert als Ausgang des Kriegs neue Stärke und neues Selbstbewusstsein für sich. Die schnelle Anerkennung Abchasiens und Südossetiens könnten sich aber auf lange Sicht als strategischer Fehler erweisen. Soweit erkennbar erfolgte dieser Schritt vor allem, um zu zeigen, dass nicht nur die NATO (aus russischer Sicht heißt das immer: die USA) souverän zu handeln in der Lage ist. Eine zynische und in Russland gegenwärtig verbreitete Sicht knüpft den Status einer Großmacht an eben diese Souveränität. Diese Souveränitätsdemonstration ist durchaus gelungen. Der kremlnahe Politologe Wjatscheslaw Nikonow drückte das beim Petersburger Dialog Anfang Oktober 2008 so aus: Russland habe militärisch eingegriffen und Abchasien und Südossetien anerkannt. Wenn andere Mächte etwas dagegen hätten, müssten sie zur Gewaltanwendung bereit sein. Er, Nikonow, sähe diese Bereitschaft nicht. Womit er glücklicherweise Recht hat.

Das hat sicher nicht nur in Russland und im Westen Eindruck gemacht. Allerdings hat dieser Sieg eine Rückseite. Niemand außer Nicaragua (und der Hamas) ist bis Mitte Oktober dem russischen Schritt gefolgt und hat Südossetien und Abchasien völkerrechtlich anerkannt. Weder im gegenseitigen Verteidigungsbündnis mit Russland stehenden GUS-Staaten wie Kasachstan, Belarus oder Usbekistan, noch China, Indien oder gar der Iran und Venezuela sind Russland trotz intensivstem diplomatischen Drängen gefolgt. Eine Allianz gegen den Westen lässt sich offensichtlich mit dessen Argumenten nicht aufbauen, wenn man zuvor versucht hat gerade gegen diese Argumente Front zu machen. Wer den Kosovo nicht anerkannt hat, weil es im eigenen Land Territorialkonflikte oder ethnische Konflikte gibt oder weil er dem Westen grundsätzlich nicht folgen wollte, ist nicht einfach so bereit Abchasien und Südossetien anzuerkennen, nur weil es gegen den Westen geht.

Das Dilemma des Westens

Die neue Aggressivität, mit der Russland einen »legitimen« Einflussbereich an seinen Grenzen für sich bean-

sprucht, drängt ein seit Anfang der 1990er Jahre bestehendes strategisches Dilemma des Westens erneut in den Vordergrund. Denjenigen Ländern, die eine Allianz mit dem Westen wollen (und Schutz vor Russland suchen), bieten sich zwei Perspektiven: der Beitritt zur NATO und der Beitritt zur EU. Alle ehemals im Machtbereich der Sowjetunion liegenden Länder Mittel- und Osteuropas haben beide Möglichkeiten angeboten bekommen und beide Optionen gewählt. Sie sind alle inzwischen Mitglieder sowohl der NATO als auch der EU. Bei den meisten erfolgte der Beitritt auch in dieser Reihenfolge. Mit der Ukraine und Georgien wollen nun erstmals zwei ehemalige Sowjetrepubliken in die NATO und letztlich auch in die EU.

Während die Erweiterung der EU nach Osten sowohl von der politischen Elite als auch der Bevölkerung in Russland weitgehend akzeptiert, ja teilweise sogar begrüßt wird, wurde und wird die NATO-Erweiterung vehement abgelehnt. Das ist keine neue Entwicklung und hat nur wenig mit der undemokratischen und teilweise antiwestlichen innenpolitischen Entwicklung in Russland unter Putin zu tun. Auch in den 1990er Jahren unter Präsident Boris Jelzin war die Ablehnung der NATO-Osterweiterung in der Bevölkerung ähnlich hoch. Doch diese Ablehnung passte weder zum prowestlichen Kurs Jelzins, noch zur wirtschaftlichen und politischen Schwäche des damaligen Russland. Das in Russland weit verbreitete Gefühl, durch die NATO-Erweiterung entgegen Versicherungen bei den 2 plus 4 Verhandlungen betrogen worden zu sein und die Wahrnehmung der NATO als gegen Russland gerichtetes Bündnis, hat sich bis heute immer gehalten. Es ist ein wichtiges, kaum zu unterschätzendes Element des Erfolgs antiwestlicher Politik in Russland. Verstärkt wird dieses Gefühl durch die im Westen oft anzutreffende Unaufrechtheit zu behaupten, die NATO-Osterweiterung sei nicht gegen Russland gerichtet. Gegen wen, wenn nicht gegen Russland (und ein wenig, der Erinnerung wegen, gegen Deutschland) drängten Polen oder die baltischen Staaten so vehement in die NATO. Auch die unilaterale Politik der US-Regierung hat zum äußerst negativen Image der NATO beigetragen. Die Versicherungen der NATO, man sei demokratisch und damit ganz friedlich, hören sich in vielen russischen Ohren wie die fröhlichen Rufe mancher Großhundebesitzer an, die Töle, die da leinenlos auf einen zu galoppiert, sei ganz lieb und beiße nicht. Mag ja sein. Was aber, wenn nicht? Es waren die USA, die den ABM-Vertrag gekündigt und das Start-II-Abkommen nicht ratifiziert haben.

Weshalb wollen nun die Ukraine und Georgien NATO-Mitglieder werden? Was heißt das für die Reak-

tion des Westens auf den Georgienkrieg? Es besteht die moralische Verpflichtung Georgien und der Ukraine ein dort als ausreichend ernst gemeintes Signal ihrer künftigen Zugehörigkeit zum Westen zu geben. Gleichzeitig ist es politische notwendig, dass dieses Signal auch in Russland als nicht nur symbolisch wahrgenommen wird, ohne alle Brücken abzubrechen. Das ist eine fast unerfüllbare Aufgabe, zumindest theoretisch. Kurzfristig ist Russland gegenwärtig in einer Win-Win-Position. Sollte zum Beispiel die NATO Georgien und der Ukraine einen Membership Action Plan (MAP) anbieten (der nicht in jedem Fall zur Mitgliedschaft führen muss), dann wird das in den Augen der meisten Menschen in Russland ihren aggressiven Charakter bekräftigen. Putin und Medwedjew hätten dann also recht. Sollte die NATO Georgien und der Ukraine kein eindeutiges Angebot machen, würde das in den Augen vieler Menschen aber nur zeigen, dass es sich lohnt, wie Putin bestimmt und hart gegenüber dem Westen zu sein. Es wäre der Beweis, dass der Westen schwach ist und man nur energisch und entschlossen genug handeln müsse, um ihn in die Knie zu zwingen.

Es gibt zudem einen wichtigen Unterschied zwischen Georgien und der Ukraine. In Georgien begrüßt eine Bevölkerungsmehrheit eine NATO-Mitgliedschaft, in der Ukraine dagegen nicht. Das Beitrittsgesuch der Ukraine entspringt in erster Linie dem Wunsch des jetzigen Präsidenten und seiner politischen Anhänger, an der macht zu bleiben. Sollte die NATO darauf eingehen, könnte sich das als Pyrrhussieg erweisen. Langfristig lassen sich die Vorbehalte großer Teile der ukrainischen Bevölkerung gegenüber der NATO nicht im Hau-Ruck-Verfahren überwinden. Das westliche Demokratiever sprechen wurde in Osteuropa zwar vor allem durch die Verbindung von ersten Demokratieverfahrungen mit wirtschaftlichen Niedergang und politischem Chaos denunziert. Doch auch außenpolitisch vielleicht sinnvolle unterschiedliche Standards haben ihr übriges dazu beigetragen.

Besser wäre ein Signal aus der EU an Georgien und die Ukraine mit einer Perspektive einer Annäherung über die übliche Nachbarschaftspolitik hinaus. Das Solidaritätszeichen wäre gleich groß, die negativen Auswirkungen auf das Verhältnis zu Russland unvergleichlich kleiner. Leider ist so etwas angesichts der inneren Probleme der EU und des Verfassungskonflikts in naher Zukunft, und nur die zählt, ausgeschlossen. Immerhin

hat die EU durch die Vermittlung des Waffenstillstands, die Beobachtermission und mit den Beschlüssen des Sondergipfels Anfang September erstmals seit langem geschlossen und angemessen auf Russland reagiert.

Aus dem Dilemma gibt es kurzfristig keinen Ausweg. Glücklicherweise gewähren die Präsidentenwahlen und die politische Krise in den USA noch ein wenig Zeit zum Nachdenken. Auf dem nächsten NATO-Außenminister treffen Anfang Dezember wird es keinen Beschluss zur Ukraine geben, schlicht weil es keine Anfrage von ukrainischer Seite geben wird. Aber im nächsten Jahr, spätestens wenn die neue US-Administration handlungsfähig ist, muss eine Antwort gefunden werden. Wenn es gut geht, wird sie mehrgleisig ausfallen. Die NATO sollte Georgien und der Ukraine (so die neue US-Regierung das überhaupt noch will, nicht wenige Politiker im Westen hoffen darauf, dass das nicht der Fall sein wird) ein Angebot der institutionellen Zusammenarbeit unterhalb des MAP machen. Die EU sollte endlich den Weg für ernsthafte Verhandlungen zu einem neuen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen frei machen. Gerade in der gegenwärtigen angespannten Situation nutzt Sprachlosigkeit niemandem. Zu guter Letzt sollte der Westen positiv auf die russische Initiative zu einer neuen Sicherheitsstruktur in und für Europa reagieren. Das wäre ein Weg, über den die USA ihren Weg zurück in internationale Rechtsverhältnisse finden können. Eine neue und effektive Russlandpolitik wird nur als Teil einer Erneuerung des internationalen Rechtssystems funktionieren. Natürlich hat die Initiative auch den Hintersinn, das transatlantische Verhältnis und die NATO zu schwächen. Aber der Westen sollte nicht so kleinmütig sein und sich vor Russland fürchten. Engere Zusammenarbeit und offenerer Austausch stärken auf lange Frist immer eher demokratische und offene Gesellschaften als geschlossene und undemokratische.

Doch die größte Hoffnung und die größte Gefahr gehen gegenwärtig paradoyer Weise nicht mehr von den Konflikten zwischen Russland und dem Westen aus, sondern von der Finanzkrise. Wenn es schief geht und Russland wirtschaftlich abrutscht, besteht die Gefahr einer weiteren Verschärfung des nationalistischen Diskurses. Wenn es gut geht und die Krise auch dank verstärkter Zusammenarbeit überwunden werden kann, kann das diejenigen Kräfte in Russland stärken, die für mehr Offenheit und eine liberalere Politik stehen.

Über den Autor

Jens Siegert ist Leiter des Länderbüros Russland der Heinrich Böll Stiftung in Moskau. Zuvor arbeitete er zehn Jahre in Moskau als Korrespondent für deutschsprachige Printmedien und Radiosender.